

Russland sei sich des Problems seines mangelnden Innovationspotentials bewusst. Auf der Führungsebene sei Entschlossenheit zu erkennen: eine verstärkte Förderung des Staates erfahren derzeit unter anderem die Bereiche Luft- und Raumfahrt, Telekommunikation, Automobilindustrie und Energieeffizienz. Doch diese Förderung müsse gezielter und nachhaltiger gestaltet werden. Das Ziel sei eine klar und modern formulierte Industriepolitik, bei der sich der Staat zunehmend zurückziehe, engagierte Gouverneure für eine Dynamik in den Regionen sorgten und der Transfer von ausländischem Know-how unterstützt werde. Im Hinblick auf den Privatisierungsprozess müssten bei kleinen und mittelgroßen Betrieben Pilotprojekte initiiert und durchgeführt werden.

Die Diversifizierung der russischen Wirtschaft samt Verlängerung der Wertschöpfungsketten, Mittelstandsförderung sowie Anpassung des Grades der staatlichen Regulierung seien essentielle Voraussetzungen für ein nachhaltiges, vom Weltmarktpreis für Rohstoffe unabhängiges Wachstum in Russland. Für diesen Prozess brauche Russland ausländisches Know-how. Hieraus ergebe sich laut Herrn Prof. Mangold weiterhin reichlich Potenzial für die deutsche Industrie.

## Dokumentation:

### **Offener Brief russischer Juristen**

Mehr als 50 russische Juristen haben einen offenen Brief unterzeichnet, der auf der Internet-Plattform [www.polit.ru](http://www.polit.ru) am 22.07.2013 veröffentlicht wurde<sup>1</sup>. Der Brief ist offen für weitere Unterzeichner. Viele der Unterzeichner sind Professoren und Lehrstuhlinhaber namhafter russischer Universitäten.

Der Brief lautet:

„Wir, Menschen, die sich mit dem Recht befassen, müssen feststellen: Zum 20jährigen Jubiläum der Verfassung Russlands befindet sich der verfassungsmäßige Aufbau des Landes in Gefahr. Grundlegende Regelungen der Verfassung und, mehr noch, die verfassungsmäßige Charakteristik Russlands als Rechtsstaat, haben sich substantziell verändert, in leere Deklarationen.

Kann man von einem rechtsstaatlichen Charakter des Staates unter den Bedingungen eines offensichtlichen Krieges der öffentlichen Macht gegen die im Land heranwachsende Zivilgesellschaft sprechen? Das Wort "Krieg" ist keine bloße

---

1 Pravovaja ugroza, [www.polit.ru/article/2013/07/22/letter/](http://www.polit.ru/article/2013/07/22/letter/)

Redewendung, solange uns nicht die Empfindung verlässt, dass es sich um eine koordinierte Aktion praktisch aller staatlichen Organe handelt. Darunter auch solcher, deren verfassungsmäßiges Ziel Schutz und Verteidigung der Grundrechte der Persönlichkeit sind. Die gesetzgeberische Tätigkeit des Parlaments bekommt einen deutlich verbotsorientierten, repressiven Charakter.

Die Rechtsschutzorgane und die Spezialdienste - das Ermittlungskomitee, die Organe für Inneres, der FSB, die Staatsanwaltschaft - verletzen grob und deutlich, ja sogar demonstrativ und zynisch verfassungsmäßige und andere Rechtsnormen, wobei sie sogar strafrechtliche oder Ordnungswidrigkeitsverstöße fabrizieren gegen diejenigen, die mit Kritik an der Staatsmacht auftreten.

Schließlich die Gerichte - die einzige Instanz, an die Bürger sich zur Verteidigung ihrer Rechte wenden können - sie "legalisieren" diese Verstöße, indem sie tendenziöse und häufig unmittelbar rechtswidrige Schuldsprüche fällen auf der Grundlage einseitiger und auch gefälschter Beweise.

In unserem Land, in dem das Recht ohnehin schon vielfach geschlagen war, verschärft sich dadurch umso mehr die antirechtliche Tradition, was sich in der Formel "der Starke hat immer Recht" ausdrückt. Das Recht in seinem wahrhaftigen Verständnis geht aus dem Blick verloren wie eine Haut aus Chagrinleder, denn es verschwindet dabei eine der unerschütterlichen Grundlagen des Rechts, die Gleichheit aller vor dem Gesetz und dem Richter<sup>1</sup>. Gleichzeitig zersetzen sich die Institutionen selbst, die aufgerufen sind, das Recht zu schützen und zu verteidigen.

Wir betrachten es als unsere professionelle und Bürgerpflicht, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese sich bildende Situation zu lenken und unsere ablehnende Einstellung dazu öffentlich zu machen.“

---

1 Anmerkung der Redaktion: Es handelt sich um eine Bezugnahme auf den Roman „Das Chagrinleder“ oder „Die tödlichen Wünsche“ von Honoré de Balzac aus dem Jahr 1831, in dem der Protagonist eine Lederhaut aus Chagrinleder gewinnt, durch die seine Wünsche jeweils in Erfüllung gehen, er aber sein Leben am Ende verliert. Denn mit jedem Wunsch, der in Erfüllung geht, wird das Leder kleiner. Letztlich geht der Protagonist einen Pakt mit dem Teufel ein.